

UNSER ALTER NATIONALFEIERTAG

Der 17. Juni, Tag des Zorns

Von M. SATTLER | Am kommenden Sonntag feiern wir wieder unseren alten Nationalfeiertag, den 17. Juni. Dieser Tag erinnert die Staats- und Parteiführer in Berlin traditionell daran, dass die Deutschen nicht immer nur lieb und nett bleiben, wenn man sie schlägt. Die Deutschen können auch anders.

Bislang lassen die Deutschen die Umvolkung ihres Landes mit erstaunlicher Nervenstärke über sich ergehen. Jeden Tag eine Horrormeldung: Kontrollverlust, Staatsversagen, Korruption und wieder eine neue Leiche, wieder eine Tote, deren Blut an Merkels Händen und den Händen ihrer gesamten Clique klebt. Und dennoch gehen die Deutschen weiter brav zur Arbeit, zahlen immer höhere Steuern, um die immer höheren Kosten der Umvolkung zu bezahlen, stecken den Kopf in den Sand, wenn ihre eigenen Kinder auf der Schule von den amtlich protegierten Türken und Arabern gemobbt, verprügelt und beschimpft werden. Nirgendwo fliegen Steine gegen diesen Staat und dessen Institutionen, nirgendwo geht ein Rathaus in Flammen auf. Alles bleibt ruhig, denn so sind die Deutschen: ein zivilisiertes, braves, ganz und gar nicht heißblütiges Volk, das auch im Angesicht des Schreckens die Nerven behält.

Diese Eigenschaft der Deutschen, selbst unter widrigsten Umständen die Nerven zu behalten, zählt sicher zu ihren großen Stärken. Sie haben diese Eigenschaft in ihrer Geschichte aber immer wieder auch teuer bezahlen müssen. Der 9. November 1918, jene Revolte gegen die Macht der Militärs im späten Kaiserreich, hätte, da sie ja sowieso stattfand, zwei Jahre früher sicher mehr bewirken können als einen zu diesem Zeitpunkt völlig unsinnigen Dolchstoß gegen die eigene

Verhandlungsposition in der Endphase von Waffenstillstandsgesprächen. Der 20. Juli 1944 kam definitiv mindestens fünf Jahre zu spät und hätte Millionen Menschen das Leben gerettet, wenn man den Anfängen tatsächlich von Anfang an mit allen notwendigen Mitteln gewehrt hätte. Einzig der 17. Juni 1953 war ein zeitlich gesehen nahezu perfekt gelungener Versuch, das Joch der Unterdrückung durch die russischen Besatzer und deren deutsche Lakaien von der Partei „Die Linke“ (damals: SED) im genau richtigen Moment abzuschütteln.

Im Rückblick waren alle drei Aufstände, 9. November, 20. Juli und 17. Juni, obwohl teilweise gescheitert und allesamt in ihrer jeweiligen Epoche umstritten, historisch gerechtfertigt und notwendig. Die Deutschen waren in ihrer Geschichte keineswegs immer nur duldsame Schafe auf dem Weg zur Schlachtbank, sondern sehr wohl dazu fähig, ihre eigenen Metzger zu fressen oder zumindest politisch schwer zu verletzen. Wir sind im Rückblick heute sehr dankbar, dass es diese drei Erhebungen gegeben hat.

Andererseits sind wir auch froh, dass manche Aufstände in unserer Geschichte gescheitert sind. Hätten 1968 in Westdeutschland die 68er, so wie sie damals tatsächlich dachten, unter ihrem Führer Rudi Dutschke Erfolg gehabt, hätte dies in Westdeutschland wahrscheinlich zu einem stark maoistisch beeinflussten Regime geführt, das uns allen, sicher auch infolge des Attentats auf Dutschke, erspart blieb. Wäre Hitlers Marsch zur Feldherrenhalle 1923 geglückt, hätten wir zehn Jahre länger eine Diktatur nach Mussolinis Vorbild im Land gehabt.

Der historische Vergleich zeigt uns somit, dass die Nervenstärke der Deutschen in der Bunten Republik der Gegenwart – einen echten Aufstandsversuch gegen die bunte „Herrschaft des Unrechts“, die illegitime Massenansiedlung von Millionen Arabern, Afrikanern und anderen Leuten, die bei uns nichts zu suchen haben, hat es bislang noch nicht gegeben – sowohl zum Vorteil als auch zum Nachteil der Deutschen sein

kann.

Als vorteilhaft wird sich diese Nervenstärke erweisen, wenn unser heutiger Staat seine ständigen Versprechungen vom Paradies der Bunten Republik am Ende wirklich hält und sich das Warten auf dieses Paradies für die Deutschen im Rückblick gelohnt hat. Auch wenn der Leidensdruck der Deutschen derzeit jedes Jahr ansteigt, besteht bei vielen Deutschen ja durchaus noch die Hoffnung, dass dieses ganze Abenteuer am Ende doch gut für sie ausgeht: die Hoffnung, dass es eben doch nicht zu einem Bürgerkrieg kommt oder dass die staatlich angesiedelten Muslime bei uns doch kein Gemetzel unter Christen und sonstigen Andersgläubigen anrichten werden, wie sie dies früher oder später sonst auf der Welt zu tun pflegen, sobald sie irgendwo regional in der Mehrheit sind.

Die Hoffnung auch, dass unser Staat trotz allen Staatsversagens und Kontrollverlustes die Dinge letztlich wieder in den Griff bekommen wird und man eines Tages, wie in anderen Ländern, vielleicht auch in Deutschland wieder sicher mit der U-Bahn fahren kann. Wenn sich all diese Hoffnungen erfüllen werden, werden die Deutschen im Rückblick sehr froh sein, dass sich ihr Jahr für Jahr immer mehr aufgestaunter Zorn gegen diesen Staat nicht allzu verfrüht entladen hat. Das Warten könnte sich lohnen.

Erfüllen sich diese Hoffnungen allerdings nicht und kommt es am Ende sowieso zum Bürgerkrieg, bleiben die üblichen muslimischen Greuel auch uns nicht erspart, dann werden es die Deutschen andererseits im Rückblick sehr bedauern, diesem Staat und seiner Unrechtsherrschaft so viel Zeit gelassen zu haben. Man wird dann im Nachhinein wieder jede Menge schlaue Analysen lesen, dass den Deutschen viel Leid erspart geblieben wäre, wenn sie lieber fünf Jahre zu früh als fünf Jahre zu spät ihre hart erprobten starken Nerven verloren hätten.

Der 17. Juni, unser alter Nationalfeiertag – für viele PI-NEWS-Leser sicher auch heute noch unser einzig wahrer

Nationalfeiertag –, ist insofern ein Glücksfall unserer Geschichte, weil er belegt, dass die Deutschen durchaus ein feines Gespür dafür haben, wann ein Staat fertig hat. Auch wenn der Aufstand des 17. Juni aus politischer Sicht zunächst scheiterte, hätte dieser Aufstand zu keinem besseren Zeitpunkt kommen können. Acht Jahre lang, seit 1945, hatte man dem kommunistischen Experiment bereits Zeit gegeben, in der Realität nachzuweisen, dass seine graue Theorie tatsächlich liefert, was sie vollmundig verspricht. Fünf Jahre früher wäre der Aufstand verfrüht und ungerecht gewesen, da man jedem neuen Experiment seine Anlaufschwierigkeiten zugestehen muss. Fünf Jahre später jedoch hätte man im 17. Juni der Deutschen nur noch eine verspätete Nachahmung des Aufstands der Ungarn gesehen – die Chance der Deutschen, ein besonderes historisches Zeichen zu setzen, wäre verpasst. Das Jahr 1953 war daher perfekt. Genau in diesem Jahr 1953 war alle Hoffnung verloren, das System für jedermann erkennbar endgültig schrottreif. Alles, was nach 1953 kam, war nur ein mühsames Herumklempnern an einem Staatskonzept, das unfähig war, zu liefern, was es versprach. Der Zorn, der sich am 17. Juni 1953 in der gesamten russischen Besatzungszone entlud, war mehr als gerecht.

Auch für unsere Bunte Republik tickt die Zeit. Der Nachweis, dass der ethnische Umbau Deutschlands letztlich doch zu irgendeinem Nutzen der Deutschen ist, wie man uns ständig weismacht, und nicht zu ihrem Schaden, steht noch immer aus. Und mit jeder neuen Leiche wächst der Zorn. In der oben genannten Menge schlauer Analysen, die die Epoche der Bunten Republik in Zukunft aus der historischen Rückschau betrachten werden, werden die schlauen Analysten jener Tage daher ebenfalls genau dieser Frage nachgehen: Wie endgültig schrottreif war die Bunte Republik bereits im Jahr 2018?

Allen PI-NEWS-Lesern am kommenden Sonntag einen nervenstarken 17. Juni 2018!

In diesem Jahr findet am 17. Juni der friedliche [„Tag der Patrioten“](#) statt. Bisher sind Kundgebungen in Mödlareuth ([Kandel ist überall mit Björn Höcke](#)), Dresden (Pegida), Bottrop (Mütter gegen Gewalt), Fellbach (Fellbach wehrt sich), Nürnberg (Pegida), München (BPE), Hannover und Lahr angesetzt. Wer noch eine Veranstaltung organisieren möchte, melde sich bitte bei: tag.der.patrioten@web.de



Meine erste Demo: Björn Höcke in Bruchsal

Von ANDREAS W. | „So kann es nicht weitergehen!“. Diese Aussage hört man in Gesprächen mit Freunden und Bekannten immer öfter. Spätestens seit der nie zuvor dagewesenen illegalen Massenmigration im September 2015 und der daraus resultierenden, verheerenden Sicherheitslage wachsen die Unmutsbekundungen spürbar täglich. Wurde das Vorgehen der Bundesregierung 2015 noch moralisch gerechtfertigt, so hat sich bei den meisten mittlerweile Ernüchterung aufgrund der weiter ungehinderten illegalen Massenmigration breit gemacht. Eine Verschlechterung der Sicherheit im öffentlichen Raum, eine kaum zu bewältigende Integration der Kinder in den ohnehin schon völlig überlasteten Schulen, Chaos und sogar Korruption beim BAMF, rechtsfreie Räume in

Asylbewerberunterkünften, die die Polizei wie in Ellwangen zum Rückzug zwingen, sind nur einige Symptome der ungebremsten illegalen Massenzuwanderung.

Immer häufiger berichten Freunde und Bekannte von gewalttätigen Übergriffen auf ihre bzw. befreundete Kinder und Jugendliche durch junge Asylbewerber. Arbeitnehmer im Einzelhandel klagen über die Zustände, das Verhalten der neuen Kunden und den Anstieg von Ladendiebstählen. Auch die beschaulichen Dörfer und Gemeinden haben mittlerweile einschlägige Erfahrungen mit ihren neuen Bewohnern gemacht. Eine fehlende oder oftmals nur lückenhafte Berichterstattung über diese Vorfälle steigern zudem das Unverständnis und den Zorn.

Auch bei einer differenzierten Betrachtung, dass nicht automatisch jeder Asylbewerber gewalttätig oder kriminell ist, hat sich das Leben vieler Menschen seit September 2015 und ihre Einstellung zur ungehemmten Massenmigration verändert.

Man ist sich einig, dass es SO nicht weitergehen kann. „Aber was soll man machen?“

Bei der Bundestagswahl 2017 fand ich auf diese Frage eine Antwort, in dem ich meine Stimme der AfD, verbunden mit der Hoffnung auf Veränderung, gab. Knapp sechs Millionen Wähler sahen dies ähnlich. Da ich schon immer politisch interessiert war, habe ich mir seitdem Videos der Reden aus dem Bundestag und von Veranstaltungen auf Youtube angeschaut. Ich wollte mich umfangreich informieren und mir vor allem ein eigenes Bild jenseits der Presseberichterstattung machen. Leider ist eine neutrale Berichterstattung über die AfD in den institutionalisierten Medien eine Seltenheit, was das Ausweichen auf Youtube und alternative Medien regelrecht erzwingt. Abseits der täglichen Negativschlagzeilen über die AfD konnte ich mir hier einen Eindruck von der Partei und ihren Mitgliedern machen. Keine Partei ist in Deutschland derart transparent. Selbst ihre Bürgerdialoge und Stammtische

stellt die AfD bei einigen Kreisverbänden ins Internet. Auch wenn die Aufnahmen manchmal verwackelt sind oder eine verbesserungswürdige Tonqualität besitzen, so konnte ich von den Inhalten eine durchweg rationale, vernünftige und nachvollziehbare Politik wahrnehmen, die ich unterstützen kann und an der ich nichts „radikales“ finde.

Höcke – die wohl polarisierendste Personalie der AfD

„Höcke spricht!“ und „Höcke kommt!“ hieß in den Alternativen Medien und auf Facebook-Seiten, die vor einigen Wochen die Demonstration am 2. Juni in Bruchsal bewarben. Höcke. Die wohl schillerndste und polarisierendste Personalie der AfD. Durch seinen berühmten Auftritt bei Günther Jauch 2015 in der ARD, die von ihm initiierten Erfurter Großdemonstrationen und die berühmt berüchtigte „Dresdner Rede“ wurde Höcke zu einem roten Tuch der institutionalisierten Medien, zu etwas „durch und durch Bösem“. So wird im Grunde jedem AfD-Politiker und einfachen Mitglied immer die sogenannte „Höcke-Frage“ mit der indirekten Aufforderung zur Distanzierung von dieser „persona non grata“ gestellt.

Ich fasste daher zusammen mit einem Freund den Entschluss, die Demonstration 2. Juni in Bruchsal zu besuchen und mir ein unverzerrtes, ungefiltertes Bild von Björn Höcke und vom anwesenden Publikum zu machen. Es sollte meine erste Demonstration werden.

Wir machten uns also auf den Weg: In Bruchsal angekommen gingen wir direkt zu Fuß in das Bruchsaler Stadtzentrum. Auf dem Weg dorthin sahen wir bereits die ersten Polizisten, die den Stadtkern weiträumig abgesperrt hatten und bewachten. Das Geschrei der Gegendemonstranten ließ uns eine kleine Seitenstraße anvisieren, in der sich etwa ein Dutzend Neugierige hinter der Polizeiabsperrung versammelten. Hinter dieser Absperrung in der Friedrichstraße befanden sich Polizeifahrzeuge und etwa ein Dutzend Polizisten in Kampfmontur. Wir erblickten die ersten Deutschlandfahnen auf

dem Friedrichsplatz und gingen auf einen Beamten Anfang 20 hinter der Absperrung zu. „Entschuldigung, wie kommen wir auf die Veranstaltung?“ „Wo wollen Sie denn hin?“ „Wir möchten da hin, wo die Deutschlandfahnen sind...“ „Können Sie sich ausweisen?“ Wir zeigten unsere Ausweise, die er daraufhin musterte: „Warum wollen Sie denn dahin? Unterstützen Sie die AfD?“ „Wir wollen uns ein Bild von der Demonstration machen. Ja, wir teilen die Ansichten der AfD“ „Sind sie Mitglieder?“ „Nein...“ „Ein Moment...“.

Warteschlange vor Eingang zum Kundgebungsort

Wir stellten uns daraufhin in die Warteschlange der kleinen Gasse, die die Polizisten zwischen der Absperrung geöffnet hatten. Dort warteten bereits zahlreiche andere Personen, die auf die Demonstration wollten. Plötzlich wurde der Einlass mit dem Hinweis geschlossen, dass die Lage unübersichtlich wäre. Unmut machte sich unter den wartenden Besuchern breit. Ein in diesem Moment eintreffendes AfD-Mitglied beschwerte sich daraufhin, was das sollte, zeigte seinen Ausweis und verlangte Zutritt. Daraufhin zeigten weitere Personen ihre AfD-Ausweise, wodurch die Polizisten den Zugang wieder öffneten und somit letztlich auch die anderen Besucher mit hinein gelangen konnten.

Die erste Hürde war also genommen. Auf dem Platz herrschte eine gute Stimmung. Uns fiel direkt die Heterogenität der Veranstaltungsbesucher auf: Jugendliche, junge Paare, Rentner, viele Menschen zwischen 40-60 Jahren und auch vereinzelte Familien mit kleinen Kindern, wobei das Verhältnis von Männern zu Frauen etwa bei 60 zu 40 lag. Ein afrikanisch stämmiger Mann schwenkte eine „Kandel ist überall“-Fahne, eine indisch stämmige Frau umarmte ihren deutschen Mann.

„Das sind ja ganz normale Leute hier...?!“

„Das sind ja ganz normale Leute hier...?!“, rutschte es meinem Freund heraus. Aus der Masse, die wir auf 800 Personen

schätzten (die Presse sprach später von „knapp 500“ Teilnehmern), stachen zum einen die jungen Reporter z.B. von Radio Regenbogen, Neue Welle, Kraichgau TV, Baden TV auf, die sich immer wieder zwischen die Teilnehmer begaben und einige mehrfach vom „Anti-Konflikt-Team“ der Polizei wieder an den Rand der Demonstration geleitet wurden. Zum anderen fiel uns eine auffällig unauffällig gekleidete und ihre Tätowierungen größtenteils verdeckende Gruppe von ca. sechs Personen auf, die sich am Rande der Veranstaltung wie eine Art Fremdkörper sammelte. „Auch einige Neonazis sind unter den Demonstranten“ berichten die Stuttgarter Nachrichten am 3. Juni später in ihrem Artikel über die Veranstaltung. Hierzu sei gesagt, dass diese Personen sich abkapselten, im Hintergrund aufhielten, friedlich blieben und sich auch nicht zu erkennen gaben. In die Köpfe konnten wir nicht schauen. Es gab aus meiner Sicht keine Kontakte zu anderen Demonstrationsteilnehmern oder Offiziellen der AfD. Diese Gruppe am Rande der Veranstaltung dann aber später exemplarisch aus der friedlichen Demonstration mit ca. 800 Teilnehmern herauszuheben, spricht eigentlich für sich und vermittelt ein völlig falsches Bild.

Wie viele Besucher waren es denn nun? Baden TV sprach zunächst von nur 350 Teilnehmern, korrigierte die Zahl dann im Laufe des Samstages aber auf „rund 480“. Die restliche Presse sprach von „knapp 500 Teilnehmern“. Die neutralste Möglichkeit sich ein Bild von der Teilnehmerzahl zu machen bot die Bruchsaler Rundschau durch ein Foto in ihrem Artikel, das aus einem Gebäude am Friedrichsplatz aufgenommen wurde. Auf dieser Aufnahme ist ein Großteil des Platzes sowie der Teilnehmer zu sehen. Macht man sich die Mühe zu zählen kommt man auf 450 Personen, die etwas verstreut stehen, da viele einen Platz im Schatten suchten. Auf diesem Foto ist jedoch die gesamte linke Seite des Platzes und um das Rednerpult verdeckt. Von daher sind die 500 Teilnehmer zu niedrig angesetzt. Meiner Einschätzung nach hatte die Demonstration ca. 800 Teilnehmer.



Interessant war zudem die Neugierde der Anwohner, die auf ihren Fensterbänken rund um den Friedrichsplatz lehnten und still lauschten. Auf einem Flachdach mit Terrasse standen etwa zehn Personen dichtgedrängt am Geländer. Die meisten dieser stillen Zaungäste und Anwohner bezogen dabei weder Stellung für oder gegen die Demonstration. Auch hier schien man sich ein unverzerrtes Bild der Ereignisse machen zu wollen.

Gelungene Rede von Dr. Rainer Balzer

Mit einiger Verzögerung begann die Kundgebung mit dem Verlesen der Auflagen durch Sven Bogenreiter von der AfD-Bruchsal, das anschließend in seinem Redebeitrag mündete. Er erwähnte, warum auf dem Friedrichsplatz für die mit drei Stunden angesetzte Veranstaltung keine mobilen Toiletten vorhanden waren: Der Dienstleister hatte die AfD kurzfristig am Vortag informiert, dass man nicht für populistische AfD-Veranstaltungen vermiete.

[Auf ihn folgte Dr. Rainer Balzer](#), der die AfD-Karlsruhe-Land im baden-württembergischen Landtag vertritt. Er wies in seiner

kurzweiligen und sehr gelungenen Rede auf die Aktion „Kehrt den braunen Fleck weg!“ der badischen Landesbühne Bruchsal hin. Das Ensemble rief im Vorfeld dazu auf, sich „mit blauen Müllsäcken ab 18 Uhr am Friedrichsplatz“ einzufinden „um nach Ende der AfD-Veranstaltung die Stadt blitzblank und frei von Resthetze zu hinterlassen.“ Das Ensemble befürchtete, dass die AfD und Höcke „braune Spuren auf dem Friedrichsplatz hinterlassen werden“.

„Höcke, Höcke“-Rufe

Die Bruchsaler Rundschau hat in ihrem Artikel vom 2. Juni zu der AfD-Veranstaltung die Aktion der badischen Landesbühne Bruchsal mit einem Foto dokumentiert. Bis auf die Hinterlassenschaften der Reiterstaffel dürfte die badische Landesbühne auf der Suche nach „braunem Müll bzw. Dreck“ jedoch wohl kaum fündig geworden sein. Auf Dr. Balzer folgte der Landessprecher der AfD-Baden-Württemberg, Ralf Özkara, der lediglich ein kurzes Grußwort an die Teilnehmer überbrachte und so dann an den Hauptredner Björn Höcke übergab, der überschwänglich mit „Höcke, Höcke“ Rufen begrüßt wurde.

Björn Höcke versuchte in seiner knapp 35-minütigen Rede alle Themen zumindest anzureißen, die den Menschen aktuell unter den Nägeln brennen und Sorge um ihre Zukunft bereiten. Er tat dies eloquent, teils provokant, mitunter humorvoll, in weiten Teilen differenziert, immer souverän und vermittelte dabei eine sehr motivierende Aufbruchsstimmung auf dem Platz. So verging die Redezeit wie im Flug. Höcke entschwand unter nicht enden wollendem Applaus zum nächsten Termin an diesem Samstag, woraufhin sich die Teilnehmer der Veranstaltung zum Spaziergang durch die Innenstadt sammelten, der durchweg friedlich und aus meiner Sicht ohne Zwischenfälle ablief.

Wasserwerferwagen in Richtung der AfD!?

Die Polizei hatte die Straßen weiträumig abgeriegelt. Aus der Ferne konnte man die aggressiven, uns den Mittelfinger

entgegen streckenden, überwiegend jungen Personen schreien hören und wüten sehen. Wir zogen an einer Reiterstaffel vorbei und viele der Teilnehmer des Spazierganges bedankten sich bei den anwesenden Polizisten. Mit Erstaunen mussten wir feststellen, dass ein Wasserwerferwagen in Bereitschaft gesetzt wurde und martialisch an einer Kreuzung in unsere Richtung wachte. Als wir die Lutherkirche passierten, war der gesamte Seiteneingang mit „Keine Hetze und Ausgrenzung – Für Menschlichkeit“-Plakaten beklebt, aus den Fenstern des Turmes am Seiteneingang wurden die gleichen Plakate dieses „Bruchsaler Bündnisses“ uns entgegengestreckt, was viele Spaziergänger mit Buh-Rufen und Empörung quittierten. Gilt „Menschlichkeit“ nicht auch für AfD-Wähler und Teilnehmer der Kundgebung, die die Lutherkirche hier ausgegrenzt und dabei gleichzeitig die eigentlich zur Neutralität verpflichtete Kirche politisch instrumentalisiert? Was ist mit Mitgliedern der Gemeinde, die AfD wählen?

Wieder auf dem Friedrichsplatz angekommen, verließen etwa die Hälfte der Teilnehmer die Veranstaltung. Es folgten Reden von „Maria“ des Frauenbündnisses aus Kandel, von Christiane Christen (AfD-Rheinland-Pfalz) sowie von Dr. Christina Baum, die für die AfD ebenfalls im baden-württembergischen Landtag sitzt.

„Höcke war heute richtig gut!“

Ich traf kurz vor Ende der Veranstaltung einen flüchtigen Bekannten, den ich begrüßte. Wir hatten uns zuvor noch nie über Politik ausgetauscht. Es entwickelte sich ein kurzes Gespräch über die Veranstaltung und wir kamen zwangsläufig auf das Thema „Höcke“. Es fiel von seiner Seite der Satz: „Der Höcke hat im Westen Stimmen gekostet... die Reden da in Erfurt... aber heute war er richtig gut!“.

Ja, die Rede von Björn Höcke hat so gut wie jeden auf dem Platz begeistert und mitgerissen. Ganz allgemein verließ man die Veranstaltung zufrieden mit einem guten Gefühl: Es war

eine gelungene Veranstaltung, es war friedlich, es waren trotz aller Hindernisse und Dämonisierungen im Vorfeld viele Teilnehmer, dazu noch „ganz normale Leute“, wie mein Begleiter es anfangs spontan formulierte. Es war das Gefühl, sich zu etwas durchgerungen, vielleicht sogar getraut, zu haben, das sich als richtig erwiesen hatte. Die Neugier hatte vor drohender Diffamierung gesiegt und sich letztlich ausgezahlt. Wir konnten die Veranstaltung wieder über die Friedrichstraße verlassen und uns auf dem Heimweg machen, auf dem es zu keinerlei Zwischenfällen kam.

Mein Begleiter berichtete im Nachgang in seinem Freundes- und Bekanntenkreis von dem Ablauf der Veranstaltung und seinen Erlebnissen, zeigte Bilder und Handyvideos, was daraufhin zehn seiner Freunde und Bekannten motivierte, bei der nächsten Veranstaltung dieser Art vor Ort zu sein, um sich selbst ein Bild machen zu können. Es scheint so, als würde es zukünftig noch viele weitere „Erste Demos“ geben.



Velbert: Bulgarische Jugendliche vergewaltigen 13- Jährige

In einem Waldstück in Velbert haben sich mindestens acht Jugendliche an einem 13 Jahre alten Mädchen vergangen. Nach

Angaben der Staatsanwaltschaft in Wuppertal sitzen sechs von ihnen in Untersuchungshaft, zwei weitere seien auf der Flucht. Die Jugendlichen seien im Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Die Tat habe sich bereits am 21. April ereignet, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Wuppertal.

Um das „junge und schwer traumatisierte Opfer zu schützen“, habe man die Öffentlichkeit nicht früher informiert. Zunächst hatte die „WAZ“ über den Fall berichtet.

Laut „Bild“-Informationen soll die Gruppe bulgarisch-stämmiger Jugendlicher in einem Parkbad „angemacht“ haben. Zwar war die 13-Jährige dort noch mit Freundinnen, den Heimweg bestritt sie jedoch am frühen Abend allein. In einem Waldstück in der Nähe des Freibades soll sie dann erneut auf die Gruppe Jugendlicher getroffen sein.

„Sie sind, man muss es so sagen, über das Mädchen hergefallen“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Als eine Frau die Jugendlichen zur Rede stellte, hätten sie die Flucht ergriffen.

Die Beweislage sei vergleichsweise eindeutig, sagte der Sprecher. „Die Gruppe hat die Tat mit einem Handy gefilmt.“ Bei den Tatverdächtigen handele es sich um EU-Ausländer, alle wohnen ebenso wie das Mädchen in Velbert.



Polizeibekannter Bulgare Matyu K. ermordete Iuliana Elena R.

Nach dem bestialischen Messermord an der 15-jährigen Iuliana Elena R. ([PI-NEWS berichtete](#)), hat die Polizei jetzt ihren [Ex-Freund Matyu K.](#) – angeblich 17 Jahre – festgenommen. Er gilt als dringend tatverdächtig.

Der gebürtige Bulgare stellte sich laut Polizei mit seiner Anwältin. Matyu K. lebt bei seinen Eltern in Viersen, und soll nach eigenen Angaben etwa drei Jahre mit der 15-jährigen Iulia zusammen gewesen sein. Vor Kurzem hatte Iuliana Schluss mit Matyu gemacht – der Bulgare machte ebenfalls Schluss – auf seine Art: Im „Casinogarten“ in Viersen kam es am Montag zu einer „Aussprache“ mit etlichen tödlichen Messerstichen.

Der 17-jährige Gast des deutschen Steuerzahlers ist schon vielfach bei der Polizei aufgefallen – das Anzeigenregister des Merkelbubs ist dementsprechend lang: Drogenhandel, Körperverletzung, Diebstahl, Sachbeschädigung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Hausfriedensbruch...

Nach Matyu K. wurde europaweit gesucht. Im Polizeibericht von Montag Abend wurde zunächst ein türkisch-stämmiger Mann der Tat verdächtigt: Am Montagnachmittag – kurz nach dem Mord – hatten die Ermittler einen Türken festgenommen, der eine Polizeikontrolle durchbrochen hatte und flüchtete.

Später stellte sich heraus, dass der polizeibekannte Dealer Drogen dabei hatte – und deshalb geflohen war. Er hatte zufällig zu der Täterbeschreibung („Südländer“) gepasst.



Soros sieht EU in „existenzieller Krise“ und will Exit vom Brexit

Der US-Milliardär und vom hiesigen Mainstream vielgepriesene Philanthrop und Star-Investor George Soros sieht die EU in einer „existenziellen Krise“. Dem eisernen Fan von mehr und noch mehr Macht und Geld schwimmen die Felle für eines seiner Etappenziele, die „offene Gesellschaft“ in Europa, so ganz allmählich davon.

Was „offene Grenzen“ und „unkontrollierte Massenmigration“ für Folgen haben und vor allem wozu diese genutzt werden können, muss dem geneigten PI-NEWS-Leser an dieser Stelle wohl nicht näher erläutert werden.

Erst kürzlich hat der äußerst gewiefte Finanzinvestor versucht, die für seine Ziele schädliche Entwicklung für den Zusammenhalt der Europäischen Union im wichtigen EU-Mitgliedsstaat Italien massiv zu beeinflussen.

In einem [Gastbeitrag für die italienische Corriere della Sera](#) forderte Soros horrende EU-Finanzhilfen für Italien und die sofortige Aufweichung der [Dublin III-Regeln](#), um die im Süden des Landes bereitstehenden, Hunderttausenden von Afrikanern, schnellstmöglich in andere EU-Staaten umsiedeln zu können.

Sein Ziel: Die Wähler des Landes gefügig zu stimmen, um die sich abzeichnende Regierung aus Lega Nord und Movimento 5 Stelle in letzter Minute noch zu verhindern. Wie wir heute wissen, sollte der Mann mit seinen Befürchtungen recht behalten, denn die von ihm ungewollte Regierung steht und das erste Schiff einer Nichtregierungsorganisation (NGO), der Auquarius vom Verein [SOS Mediterranee](#) mit 629 sogenannten „Flüchtlingen“ (zumeist Wirtschaftsmigranten) an Bord, wurde die Anlandung in den Häfen Siziliens verweigert.

Die sozialistische Regierung in Spanien hat dagegen in Soros' Sinne ausgeholfen – noch!

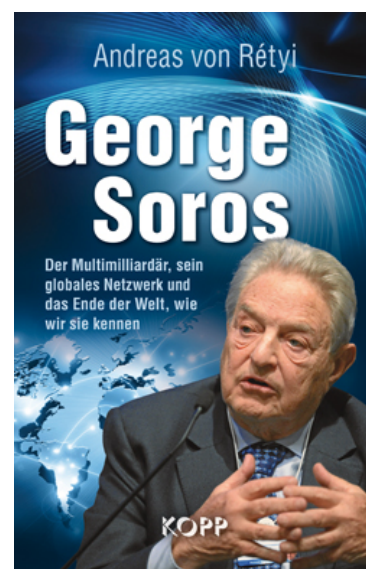
Umfangreiche Finanzierung fragwürdiger Muslimverbände

Heftig unter Beschuss steht Soros und seine *Open Society Foundations* aktuell auch von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und der schwarz-blauen Regierung in Österreich für seine finanzielle Unterstützung von äußerst fragwürdigen muslimischen Vereinen und Verbänden. FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus hat seinen Verdacht, Soros würde in Europa gezielt mutmaßliche Muslimbrüder finanzieren, erst vor wenigen Tagen öffentlich zum Ausdruck gebracht. Die österreichische *Kronen Zeitung* [schrieb](#) dazu:

Die Liste der Organisationen, die gesponsert werden, ist lang. Dazu zählen etwa CCIF (Collectif contre l'islamophobie en France) in Frankreich und Belgien. Die Vereine kämpfen offiziell gegen Islamophobie. Allerdings ist dies längst ein Kampfbegriff sämtlicher fundamentalistischer und radikaler Organisationen in Europa geworden. Auch die in Berlin ansässige Gruppierung Inssan erhielt Geld, und zwar stattliche 100.000 Euro. Etliche Funktionäre von Inssan werden mit dem Deutschland-Ableger der Muslimbrüder (Islamische Gemeinschaft Deutschlands) in Verbindung gebracht.

In dasselbe Horn bläst regelmäßig auch Benjamin Netanjahu – und er geht noch einen gehörigen Schritt weiter. So hat der israelische Premierminister die Stiftungen von George Soros erst vor wenigen Wochen [beschuldigt](#): „die Sicherheit und Zukunft Israels zu gefährden.“

Millionen-Engagement auch für den Exit vom Brexit



Viktor Orban
orderte 5000
Exemplare von
diesem [Buch aus
dem KOPP-Verlag.](#)

Wie die britische Zeitung *Guardian* [berichtet](#), beabsichtigt der 87-jährige Soros mit einer finanzstarken Kampagne eine erneute Volks-Abstimmung über den Brexit zu erzwingen. Seine dafür unterstützte Initiative „Best for Britain“ soll die Briten innerhalb Jahresfrist gegen das Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union mobil machen. Für diesen Zweck seinen bereits „Millionen von Pfund an Spenden gesammelt worden“. Auf die Reaktion von Nigel Farage warten wir mit Spannung.

Dem bei deutschsprachigen Medien verhassten ungarischen Regierungschef Viktor Orbán ist der ebenfalls gebürtig aus

Ungarn stammende US-Multimilliardär schon länger ein Dorn im Auge. Regelmäßig zieht der vor wenigen Monaten mit großer Mehrheit im Amt bestätigte Staatschef mit Aufklärungskampagnen gegen Soros und seine Stiftungen zu Felde. Zuletzt mit einem Enthüllungsbuch über die Machenschaften von George Soros aus dem Rottenburger Kopp-Verlag. Viktor Orbán orderte Medienberichten zufolge mindestens 5000 auf Ungarisch übersetzte Exemplare des Buches „[George Soros](#)“ vom Autor Andreas von Rényi und lies diese in seinem Umfeld kostenlos verteilen. Wohl mit Erfolg, denn wenige Monate später [vermeldeten](#) ungarische Medien, dass die Open Society Foundations mit Sitz in Budapest erklärt habe, Ungarn zu verlassen, um sich in Merkel's Berlin niederzulassen.



Hans-Jörg Müller: „Der Westen bricht permanent Völkerrecht!“

Beim G7-Gipfel in Kanada haben sich US-Präsident Donald Trump und der neue italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte dafür ausgesprochen, dass Russland beim nächsten Treffen der bedeutendsten Industrienationen der westlichen Welt wieder mit am Tisch sitzt ([PI-NEWS-berichtete](#)). Die deutsche Bundeskanzlerin ist strikt dagegen.

Bei der Befragung der Kanzlerin in der vergangenen Woche hat der AfD-Abgeordnete Michael Ependiller Merkel explizit dazu gefragt, warum sie sich diesem Schritt verwehrt. Merkel antwortete, dass dies nicht möglich sei, weil Russland auf der Krim das Völkerrecht gebrochen hätte.

Dem widerspricht jetzt der AfD-Abgeordnete Hans-Jörg Müller vehement: „Die ganze Sezession der Krim von der Ukraine und der Anschluss an Russland hatte erst stattfinden können, nachdem vorher in der Ukraine der rechtmäßig gewählte Präsident Janukowitsch weggeputscht worden war. Und dieser Putsch war finanziert und organisiert vom Westen.“

Und weiter: „Wenn der Westen nicht schon das Völkerrecht gebrochen hätte durch das Wegputschen des Präsidenten Janukowitsch, wäre es niemals zu einer Sezession der Krim und zu einem Anschluss an Russland gekommen. Frau Merkel hat wie üblich Ursache und Wirkung verwechselt.“

Zur Rolle der UNO sagt Müller im Interview mit PI-NEWS: „Der Westen bricht permanent Völkerrecht. Der Westen hat damals völkerrechtswidrig Serbien angegriffen. Der Westen hat auch jetzt wieder vor ein paar Wochen ohne ein UN-Mandat Syrien bombardiert. Die UNO ist verkommen zu einer leeren Hülle, die vom Westen nur noch zur Aggression gegen den Osten missbraucht wird und das ist sehr traurig und schade.“



Herne: Gymnasium kauft 20 Burkinis für islamische Schülerinnen

Die Islamisierung Deutschlands schreitet unaufhörlich voran. Wie jetzt bekannt wurde, hat ein Gymnasium in Herne (NRW) 20 Burkinis besorgt, um sicherzustellen, dass auch islamische Schülerinnen am Schwimmunterricht teilnehmen können. Die Burkinis haben knapp 400 Euro gekostet, das Geld stammt u. a. aus einem Spendenlauf.

Der Schulleiter des Pestalozzi-Gymnasiums in Herne, Volker Gößling, bestätigte der [„Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“](#) den Kauf. „Damit hat keiner mehr eine Ausrede, nicht am Unterricht teilzunehmen“, sagte Gößling. 15 Schülerinnen hätten das kostenlose Angebot schon angenommen.

Schwimmunterricht gibt es am Pestalozzi-Gymnasium in der sechsten und achten Klasse. Allerdings nahmen wohl viele muslimische Jugendliche aus Glaubensgründen nicht am Schwimmen teil, wie die WAZ aus Schulkreisen erfuhr.

AfD: Maßnahme fördert Entwicklung von Parallelmaßnahmen

Die nordrhein-westfälische AfD kritisierte die Entscheidung der Schule scharf. Der frühere Schulleiter eines Gymnasiums und jetzige AfD-Landeschef Helmut Seifen sagte gegenüber PI-NEWS: „Diese Maßnahme ist ein Steilpass für die Entwicklung von Parallelgesellschaften.“

Auch sei es ungerecht gegenüber nicht-muslimischen Schülern. „Christliche Schüler bekommen auch keine Badekleidung gestellt. Die Anschaffung dieser Burkinis geschieht zu Lasten der heimischen Schüler“, so Seifen. Und stellt die Fragen: „Werden diese dadurch nicht verängstigt? Wer sorgt sich in dieser Weise um die heimischen Schüler?“



Iraks Botschafter: Ali Bashar reiste unter seinem korrekten Namen aus

Anders als bislang angenommen, reiste der Mörder von Susanne F., der Iraker Ali Bashar, nicht unter falschem Namen mit arabischsprachigen Dokumenten aus.

Wie ein Treffen des AfD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier mit dem irakischen Botschafter Al-Dabbass in Berlin ergab, reiste Bashar unter seinem korrekten Namen mit einem auch englischsprachigen Laissez-passer-Dokument aus.

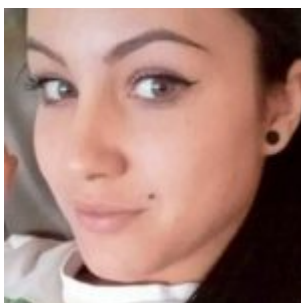
Die [bisherigen Darstellungen in den Medien sind damit als Falschmeldungen](#) entlarvt, eine Kopie der Ausreisedokumente liegt PI-NEWS (am Ende dieses Beitrags) vor.

„Nach unzähligen Vorfällen im BAMF werden nun auch Ermittlungsspannen und Ungereimtheiten im Fall Ali Bashar sichtbar. Die Regierung muss sich endlich eingestehen, dass sie die Kontrolle darüber, wer unser Land betritt oder verlässt, längst verloren hat“, so Münzenmaier, der ebenfalls wie die ermordete Susanna aus Mainz stammt.

Und weiter: „Es bleibt nur übrig alle seit Sommer 2015 ausgestellten Asylbescheide erneut zu prüfen. Abgelehnte Asylbewerber müssen kaserniert und abgeschoben werden!“

Deutschland muss wieder Herr im eigenen Haus werden um die Sicherheit der eigenen Bürger zu garantieren.“

Die Kopien der Ausreisedokumente von Ali Bashar:



Viersen: Iuliana Elena R. (15) mit „etlichen Messerstichen“ ermordet

Von JOHANNES DANIELS | Iuliana Elena R., genannt Iulia, wurde nur 15 Jahre alt. Das am Montag Mittag in Viersen (NRW) erstochene Mädchen war am Mittag mit ihrem Fahrrad im Casinogarten unterwegs, als sie mit „etlichen Messerstichen niedergemetzelt“ wurde, [PI-NEWS berichtete](#). Schwer verletzt taumelte das Opfer nach der Attacke zwei Obdachlosen entgegen, rief: „Ich sterbe, ich sterbe.“ Dann brach Iulia zusammen und verstarb später auf der Intensivstation.

Kurz danach standen auf dem Gehweg, zwischen Sträuchern und Rabatten, Ermittler in Spurenschutzanzügen und sicherten den Tatort. Gleichzeitig rekonstruieren Ermittler einer NRW-Mordkommission, was sich auf der Wiese abgespielt haben könnte. Mehrere größere Kreise, mit grellgelber Farbe auf das Pflaster gesprüht, sind am Abend die einzigen Spuren der Bluttat vom Mittag. Blutspritzer zeichnen sich ab in den markierten Kreisen. Es sind die Spuren einer Tat, die sich einreihet in die einschlägigen Schlagzeilen der letzten Wochen aus Merkels Mördergrube Deutschland.

Iuliana stammt ursprünglich aus Bukarest und lebte mit ihren Eltern seit längerer Zeit in einem dreistöckigen Haus am Stadtrand von Viersen. Sie hatte einen Freund und ging in Viersen zur Schule. Als es Abend wird in Viersen, kommen zunehmend Menschen in den Park. Sie trauern, sie weinen, sie halten sich an den Händen. „Ich kann es immer noch nicht glauben“, sagt ein Mädchen. Sie sei bis vor einem Jahr mit der 15-Jährigen auf die Schule gegangen.

Auch die Eltern der Toten sind am Tatort, von der Polizei zum Tatort begleitet, wo am Abend noch immer Blutflecken von Iulia

zu sehen waren. Sie stellen Gedenkkerzen auf, dann bricht die Mutter von Weinkrämpfen geschüttelt zusammen. Die Mutter schrie immer wieder „Iuliana“, der Vater kniete neben ihr, er versucht sie zu stützen.

Während viele mit ihren Tränen kämpfen an diesem beschaulichen Ort im Park, machen andere ihrem Zorn Luft. „Ich bin wütend, was hier alles rein kommt“, sagt eine Frau aus Viersen. „Die Jungen müssten alle wieder raus“, fordert sie – offenbar mit Blick auf die Hunderttausenden seit 2015 nach Deutschland eingereisten Migranten. Ihre Tochter begleitet sie. „Ich gehe abends nicht mehr raus“, sagt die 18-jährige Nordrhein-Westfälin.



Gelbe Kreise wie dieser auf dem Bild sind die einzigen Spuren der grausamen Bluttat auf die 15-jährige Iulia.

Im Rahmen der Fahndung ging der Polizei am Abend ein Verdächtiger (25) ins Netz. Zunächst flüchtete der Tatverdächtige bei einer Polizeikontrolle – am frühen Abend habe sich der laut Polizeibericht aus der Türkei stammende Mann dann auf der Polizeiwache in Viersen gestellt. Laut Polizeiangaben befindet sich der Tatverdächtige aber bereits

wieder in Freiheit.

Masseneinwanderung ist Messereinwanderung

Die Polizei Viersen: „Er ist polizeilich bekannt und seine mögliche Tatbeteiligung wird derzeit geprüft.“ Die Horror-Tat geschah in der Nähe eines beliebten Spielplatzes: Eine Mutter schrieb am Nachmittag in einer Facebook-Gruppe, sie und ihr kleiner Sohn seien Zeugen der Tat geworden und hatte der Polizei eine exakte Täterbeschreibung abgeliefert. Der Tatort neben dem Spielplatz gilt zwar als Treff der Trinker- und Obdachlosenszene – laut Augenzeugen sah das ermordete Mädchen aber gepflegt aus und soll nicht zur dortigen „Szene“ gehören. Das Opfer stammt ursprünglich aus Rumänien – ähnlich wie die 14-jährige Susanna Maria Feldmann, [die moldawische Wurzeln](#) hatte.

[Ausgerechnet](#) NRW-Vertuschungsminister Herbert Reul (CDU, „[Man muss nicht unbedingt Menschen](#) nah an sich ranlassen“), klagte am Abend über das Verbrechen in seinem Shithole „Mordrhein-Vandalien“: „Es ist erschreckend, was heute Mittag in Viersen passiert ist. Dass eine junge Frau in einem öffentlichen Park tödlich verletzt wurde, macht mich tief betroffen.“

Sehr viel deutlicher drückte sich AfD-NRW-Chef Helmut Seifen in einer ersten Stellungnahme (Video unten) aus, der seinem Zorn Luft macht über das, was hier in Deutschland alle paar Tage passiert: „Man kann hier auf keinen Fall von einem Einzelfall reden. Die Susanne Schröter hat das [in der WELT](#) neulich zum Ausdruck gebracht. Es ist das Problem von jungen Männern, die vollkommen anders sozialisiert sind, die sozialisiert sind in patriarchaischen, archaischen Verhältnissen, und einfach mit den Verhaltensweisen unserer Bevölkerung nicht mehr zurecht kommen.“ Und weiter: „Dieses ewige Verharmlosen ist eine Schändlichkeit, die hoffentlich den Politikern nochmal auf die Füße fällt.“



Merkel und CDU wollen Seehofer und CSU schon wieder verkaufen

Von KEWIL | Am heutigen Dienstag wollte Innenminister Horst Seehofer (CSU) seinen „Asyl Masterplan“ mit „Ankerzentren“ und weiteren 60 Punkten der Öffentlichkeit vorstellen, aber der Termin ist [auf unbestimmte Zeit verschoben](#). Der Grund: Die hinterlistige Asylmutter Merkel (CDU) will ihn wie üblich verwässern, was sie in der ihr eigenen Art bei [„Anne Will“](#) ankündigte. Es geht anscheinend vor allem um den Punkt der Zurückweisung von Asylanten an der deutschen Grenze.

Wenn Asylanten keinerlei Papiere vorweisen können, bereits in sicheren Drittstaaten Asyl beantragt haben oder rechtskräftig aus Deutschland ausgewiesen worden sind, wollen Seehofer und die CSU diese Leute bereits an der Grenze abweisen. Merkel und die CDU sagen, das könne Deutschland nicht, hier müsse erst die EU bestimmen, die aber von einer Einigung in dieser Frage Lichtjahre entfernt ist, was Merkel, die ihren Asyl-Schlamperladen nicht schließen will, natürlich weiß. Seehofer sagt, er und die CSU werden auf diesem Punkt beharren.

Nun ist Seehofer schon längst als „Drehhofer“ bekannt, der schon x-mal vor Merkel in Sachen Asyl und „Obergrenze“ eingeknickt ist. Aber trotzdem könnte es dieses Mal anders

sein. In vier Monaten sind in Bayern Landtagswahlen, und die sind der CSU vermutlich näher als Merkel. Kann es sich Seehofer leisten, schon wieder vor aller Öffentlichkeit einzuknicken? Er ist ja nicht nur Innenminister, den Merkel jederzeit feuern kann, er ist auch CSU-Vorsitzender, wie er gestern selber betonte, und er kann die Regierung Merkel mithilfe seiner Partei beenden.

In diesem Punkt kann es eigentlich auch keinen Kompromiss geben. Entweder man schickt an den Grenzen die genannten Gruppen von Hereinspazierern zurück oder nicht. Halbe Sachen gehen nicht. Also: vielleicht passiert etwas? Wir sollten jede noch so klitzekleine Hoffnung auf ein Ende von Merkel nicht aufgeben, zumal die SPD jetzt dem Innenminister auch noch am Zeug flicken will! Während die CSU bisher nicht zu wanken scheint.



Historischer Handschlag zwischen Trump und Kim in Singapur

Mit einem Handschlag für die Geschichtsbücher haben sich US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un zu ihrem Gipfel in Singapur begrüßt. Der längere Händedruck am Dienstag in einem Luxushotel auf der Sentosa-

Insel wurde von weiterer freundlicher Körpersprache begleitet: Die beiden Staatenlenker fassten sich gegenseitig an die Arme und lächelten.

US-Präsident Donald Trump hat das erste Gespräch mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un gelobt. „Very good. Very, very good. Excellent relationship“, sagte Trump am Dienstag nach einer etwa 40-minütigen Unterhaltung mit Kim in Singapur, an der außer den beiden Protagonisten nur zwei Dolmetscher teilgenommen hatten.

Um kurz nach 9 Uhr Uhrzeit (3 Uhr deutscher Zeit) hatten sich Trump und Kim in einem historischen Aufeinandertreffen zwölf Sekunden lang die Hände geschüttelt, während im Hintergrund nordkoreanische und US-amerikanische Flaggen aufgestellt waren. In ersten Worten sagte Kim, es habe viele Hindernisse auf dem Weg zu diesem Treffen gegeben, aber sie seien alle überwunden worden.

Trump sagte, die USA und Nordkorea würden eine hervorragende Beziehung haben, daran habe er keine Zweifel. Nach dem persönlichen Gespräch wurde der Gipfel in größerer Runde fortgesetzt, an der neben den Staatschefs unter anderem auch US-Außenminister Mike Pompeo teilnahm. Unterdessen sagte der frühere US-Basketballstar Dennis Rodman am Dienstag dem Nachrichtensender CNN, wenn man über Basketball spreche, könne Kim durchaus auch selbst Englisch verstehen. Rodman hatte Kim mehrfach persönlich getroffen.

Trump sagt „großartige Beziehung“ zu Kim voraus

In einem kurzen Statement vor laufenden Kameras sagte Trump eine „großartige Beziehung“ zu Kim voraus. Daran habe er „keinen Zweifel“. Der nordkoreanische Machthaber sagte seinerseits, der Weg zu seinem Treffen mit dem US-Präsidenten sei „nicht leicht“ gewesen. Im Weg gestanden hätten „die alten Vorurteile und Praktiken“. Doch seien diese Hindernisse überwunden worden, „und wir sind heute hier“.

Trump und Kim zogen sich anschließend hinter verschlossene Türen zurück. Im ersten Teil der Beratungen waren nur die beiden Übersetzerinnen an ihrer Seite. Später soll die Runde um die Beraterteams beider Staatenlenker erweitert werden.

Bei dem Gipfel geht es um den Abbau des nordkoreanischen Atomwaffenarsenals und die Friedensperspektiven auf der koreanischen Halbinsel. Es ist das erste Mal, dass sich ein amtierender US-Präsident und ein nordkoreanischer Machthaber treffen.

Jahrzehntelang galt eine derartige Begegnung als undenkbar, doch Trump hatte sich im März überraschend zu einem Gipfel bereit erklärt. Trumps Vorgänger verfolgten stets die Linie, es könne kein Treffen mit einem Herrscher aus Pjöngjang geben, ohne dass dieser zuvor offiziell von seinem Rüstungs- und Atomprogramm ablässt. Die früheren US-Präsidenten scheuten sich überdies, den Machthaber des international isolierten Landes diplomatisch derart aufzuwerten wie es Trump nun tut.

Trump widerlegt seine Kritiker

Ob eine grundsätzliche Einigung auf die geforderte atomare Abrüstung Nordkoreas oder zumindest auf einen Fahrplan für den weiteren Prozess gefunden werden kann, war völlig offen. Unterhändler hatten bis zur letzten Minute um mögliche Vereinbarungen gerungen. Der erste Gipfel beider Länder wird von großen Hoffnungen begleitet. Der Streit um Nordkoreas Atomwaffenprogramm ist einer der gefährlichsten Konflikte der Welt.

In einem wütenden Tweet wies Trump am frühen Morgen seine Kritiker zurecht. „Wir haben unsere Geiseln (zurück), die Tests, die Forschung und alle Raketenabschüsse sind gestoppt“, schrieb Trump. „Und diese Experten, die mir von Anfang an Fehler vorwarfen, haben nichts anderes zu sagen“, fuhr der US-Präsident fort. „Wir werden okay sein.“ Mit dem Hinweis auf die Geiseln bezog sich Trump auf drei US-Bürger, die

vergangenen Monat aus der Haft in Nordkorea freigelassen worden waren.

In US-Medien waren zuvor Zweifel aufgekommen, ob die USA bei dem Gipfel mit Kim Jong Un entscheidende Fortschritte erzielen können. Während das Weiße Haus verbreitete, die Vorgespräche liefen besser als erwartet, wurde spekuliert, die USA könnten bei den Nordkoreanern gegen eine Wand laufen. Trump hatte am Vortag erklärt, er werde bereits am Dienstagabend nach dem Gipfel wieder nach Hause fliegen. In früheren Planungen war von Mittwoch die Rede gewesen. *(dpa/afp/dts/EpochTimes)*